



KAS WASHINGTON

Kein Ende für Präsident Bushs Popularität in Sicht: Einschätzung der politischen Lage in den USA zum Auftakt der Legislaturperiode 2002



„Die Umstände, wie **George Bush** Präsident wurde, werden seine gesamte Präsidentschaft überschatten.“ „Die knappen Mehrheitsverhältnisse und die durch die Umstände seiner Wahl hervorgerufene Polarisierung werden ihm das Regieren nur schwer möglich machen.“ „Trotz seines ausgezeichneten außenpolitischen Teams wird sein Mangel an außenpolitischen Erfahrungen eine schwere Bürde für die Vereinigten Staaten sein.“ Diese Unkenrufe, die man vor einem Jahr hier in Washington hören konnte, sind nun alles Schnee von gestern. Die Zustimmung, die Bush nicht nur bei Umfragen, sondern auch in den Kommentaren der Medien und in den Diskussionsrunden der Think Tanks, gleichgültig welcher Couleur erhält, ist in diesen Tagen beeindruckend. In der Tat hat wohl niemand vor einem Jahr erwartet, dass Bush zum Zeitpunkt seiner ersten Rede an die Nation so gut dastehen würde.

Politische Auswirkungen des 11. September

Diese Zustimmung hat sicherlich in großem Maße mit seiner Reaktion auf die Terrorangriffe in New York und Washington, aber nicht nur damit zu tun. Bereits im ersten Halbjahr seiner Amtszeit wurde schnell deutlich, dass mit Präsident Bush ein Politikmanager mit Vision Einzug ins Weisse Haus gehalten hatte. Seine Prioritäten sind klar definiert und sein Managementstil ist effizient. Es ist klar, was der Präsident erreichen will. Im Mittelpunkt seines Wahlkampfes standen drei innenpolitische Themen: Massive Steuerleichterungen, eine Reform des Bildungssystems und ein stärkeres Engagement der Bevölkerung für die Gemeinschaft. Außenpolitisch hatte er angekündigt, alles tun zu wollen, damit Amerika vor „neuen Bedrohungen“ geschützt wird. Handelspolitisch hatte er sich die Forderung nach Freihandel auf die Fahne geschrieben.

Die Mehrheitsverhältnisse im Kongress schienen eher darauf hinzudeuten, dass dieses Programm ein Wunschzettel ist, der nicht eingelöst werden kann. Der Verlust der Mehrheit im Senat im Juni 2001 machte die Arbeit nicht leichter. Umso erstaunlicher ist die Bilanz: Ein milliardenschweres Steuerpaket verabschiedeten beide Häuser des Kongresses bereits im ersten Halbjahr. Bushs Steuerreduzierung bleibt zwar nach wie vor umstritten, es fällt der demokratischen Führung aber schwer, diese Initiative gegen Bush zu instrumentalisieren, da eine Reihe von Demokraten insbesondere im Senat für das Steuerpaket gestimmt haben. Um seine Bildungsreform durchzusetzen, brauchte der Präsident einen starken Alliierten: Er hat ihn in Senator **Ted Kennedy** (Demokrat-

HINTERGRUND



KAS WASHINGTON

Massachusetts), der Vorsitzender des Ausschusses für Gesundheits-, Bildungs- und Rentenpolitik ist, gefunden. Mit seiner Unterstützung und in seiner Anwesenheit wurde vor wenigen Wochen die Gesetzesinitiative „No Child Left Behind“ unterzeichnet. Erfolgreich war er auch im Bereich der Förderung des Freihandels: in Doha konnte Handelsbeauftragter **Bob Zoellick** eine neue Welthandelsrunde einleiten und damit den kläglichen Fehlschlag unter der Ägide seiner Amtsvorgängerin in Seattle vergessen machen. Auch im Kongress war Bush auf diesem Gebiet bislang erfolgreich. Mit einer Mehrheit von einer Stimme beschloss das Repräsentantenhaus, dem Präsidenten die sog. „Fast Track Authority“ zu geben, eine Grundvoraussetzung, um auf dem internationalen Parkett Handelsverträge aushandeln zu können.

Neben diesen innenpolitischen Erfolgen ist es natürlich der Feldzug in Afghanistan, der diesen Präsidenten zum populärsten Regierungschef in der Geschichte Amerikas gemacht hat. Die Bilanz ist in der Tat erstaunlich: nach nur wenigen Monaten sind die wichtigsten militärischen Ziele in Afghanistan erreicht. Die Trainingslager von Al Kaida sind zerstört und die Taliban ist aus der Regierung vertrieben worden. Dabei ist die Zahl der amerikanischen Opfer sehr gering geblieben: zwei Soldaten sind durch gegnerische Kampfhandlungen gestorben, drei Soldaten fielen durch „friendly fire“ und die restlichen 14 Soldaten fanden den Tod durch Hubschrauberabstürze oder andere Unfälle.

Bush hat von Anfang an deutlich gemacht, dass die Kampagne gegen den Terrorismus nicht in Afghanistan enden würde. Nach seiner Rede im Kongress meinte der in London erscheinende *ECONOMIST*: „One thing that has become clear about President Bush is that, although he may not say very much, he tends to mean what he says“. Und nicht nur die Europäer waren nicht glücklich darüber, dass Bush so deutlich gesagt hat, was er offensichtlich glaubt: Nordkorea, Iran und Irak seien eine Achse des Bösen. Die Worte „Achse des Bösen“ sollten bewusst die letzten beiden grossen Bedrohungen der USA ins Gedächtnis rufen: den Kampf gegen Nazideutschland und Japan im Zweiten Weltkrieg, sowie den Kampf gegen das „Reich des Bösen“, wie Ronald Reagan die ehemalige Sowjetunion beschrieb. Damit macht Bush den Sieg über den internationalen Terrorismus zum neuen moralischen Kampf des 21. Jahrhunderts und damit zur obersten Priorität seiner Administration. Nicht überraschen sollte, dass Bush keine genauen Pläne vorlegte, was die nächsten Schritte im Anti-Terror-Krieg sein werden. Schritt für Schritt ist hier die Devise. Ein umfassendes detailliertes Konzept, wie im Einzelnen mit den Staaten der „Achse“ umzugehen ist, wird man hier nicht ausmachen können. Insbesondere seit dem 11. September, der den Amerikanern ihre eigene Verwundbarkeit in so schrecklicher Weise deutlich gemacht hat, teilen viele die Bedrohungsanalyse ihres



KAS WASHINGTON

Präsidenten. Das Konzept eines sich perpetuierenden Kriegszustandes fällt deshalb hier auf fruchtbareren Boden, als dies in Europa der Fall zu sein scheint.

Auftakt der Haushaltsdebatte

Bei seiner Rede zur Lage der Nation und im Haushaltsentwurf für das Jahr 2003 setzte Bush Schwerpunkte bei der nationalen Sicherheit und der Bekämpfung der Rezession. Besonders mit der Aufrüstung macht Bush ernst. Sein Haushalt sieht **US\$ 379 Milliarden** und damit die größte Erhöhung des Pentagon-Etats seit zwanzig Jahren vor. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht dieser Betrag (US\$ 48 Milliarden) einer Erhöhung von 14 Prozent. Allein die Erhöhung ist grösser, als der nationale Verteidigungsetat jedes einzelnen westeuropäischen Staates. Die Mittel sollen für die laufenden Ausgaben des Krieges sowie die Anschaffung neuer Waffen wie unbemannte Flugzeuge und weitere Ausrüstung für Spezialeinheiten und intelligente Kriegsführung ausgegeben werden.

Bush knüpft mit dieser Erhöhung an die letzte grosse Aufstockung durch **Ronald Reagan** an. Bereits in seinem Wahlkampf hatte sich Bush weniger auf seinen Vater als auf das Vermächtnis von Reagan berufen, der über enorme Sympathie in den konservativen Teilen des Republikanischen Lagers verfügt. Mit dieser Haushaltserhöhung greift Bush zudem sein Versprechen aus dem Wahlkampf auf, die angebliche Vernachlässigung des Militärs durch seinen Vorgänger Bill Clinton zu korrigieren. Als Präsident Bush seinen ersten Haushalt präsentierte, war deshalb die Enttäuschung unter den Militärs groß. Sie können jetzt zufriedener sein.

Ein zweiter großer Posten ist die Stärkung der Zivilverteidigung, für den die Bush-Administration im nächsten Jahr **US\$ 38 Milliarden** ausgeben möchte. Dieser Betrag entspricht einer Verdoppelung der Ausgaben im laufenden Jahr. Hier geht es vor allem um neue Sicherheitsmaßnahmen auf den Flughäfen und um eine verbesserte Überwachung der Außengrenzen.

Bush versucht geschickt, außen- und innenpolitische Themen miteinander zu verknüpfen. Die wieder eintretende Haushaltsverschuldung begründet er damit, dass Amerika sich im Krieg befinde und gleichzeitig die Rezession bekämpfen müsse. Er hat die Bekämpfung der Rezession selbst in ein Kriegsthema verwandelt. Das Beste, was man für die Wirtschaft tun könne, ist die Sicherheit Amerikas zu garantieren. Wenn sich die Amerikaner sicher fühlen, so das Argument, dann werden sie wieder reisen, konsumieren und investieren. Mit diesem Argument fällt es



KAS WASHINGTON

den Demokraten zunehmend schwer, Wirtschaft und den Kampf gegen den Terrorismus voneinander zu trennen. Aber genau dies wollen und müssen sie: Während die Demokraten den Präsidenten außenpolitisch unterstützen, wollen sie ihn innenpolitisch auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik angreifen. Der CNN-Kolumnist **Bill Schneider** weist im *NATIONAL JOURNAL* deshalb darauf hin, dass 73 Prozent der Zuschauer der Bush-Rede glauben, dass die Wirtschaftspolitik des Präsidenten die Rezession beenden wird. Nach der Rede zur Lage der Nation seines Vaters im Wahljahr 1992 hatten nur 47 Prozent der Befragten gemeint, dass der Präsident auch in der Wirtschaftspolitik ein gangbares Konzept besäße. „Linking the two policies (Außen- und Wirtschaftspolitik) seems to have worked“.

Prägt Bush eine neue konservative Ideologie? **E.J. Dionne** von der *WASHINGTON POST* glaubt, dass es Präsident Bush gelingen könnte, die alte Spannung zwischen Wirtschafts- und Sozialkonservativen zu überbrücken. Mit seiner Steuerreform und der Ausdehnung des Freihandels setzt er zwei zentrale Anliegen der erstgenannten Strömung um. Gleichzeitig macht er aber auch deutlich, dass er nicht jemand ist, der gegen Regierungsprogramme an sich sei. Bush machte öffentlich klar, dass er es für einen Fehler der Republikaner halte, die Zurückdrängung des Staates als Selbstzweck zu betrachten. Auch wenn er mit seiner „Faith-based-Initiative“ am Widerstand auch in den eigenen Reihen zunächst gescheitert ist, ist es ihm ein Anliegen, nicht den reinen Individualismus zu fördern, sondern den Einzelnen zur Übernahme von Aufgaben in der Gemeinschaft anzuhalten. Der Aufruf in der Rede zur Lage der Nation, jeder solle 4.000 Stunden seiner Zeit für das Gemeinwohl investieren, ist Ausdruck dieser Haltung. Sein Budget beinhaltet die Erhöhung von **US\$ 560 Millionen** für gemeinnützige Organisationen wie den von Präsident **John Kennedy** initiierten *Peace Corps*. Der sogenannte *USA Freedom Corps* soll entsprechend des Geists der amerikanischen Reaktion auf den 11. September eine neue „Kultur der Verantwortung“ widerspiegeln und Aufgaben der Zivilverteidigung übernehmen. Und auch hier beobachtet man wieder die Verbindung der außen- und innenpolitischen Agenda: Mobilisierung der Gemeinschaft innerhalb der USA vor dem Hintergrund der außenpolitischen Bedrohung.

Enorme Zustimmung für Bush und die Republikaner

Obwohl die versammelten Kongressmitglieder und Regierungsvertreter ihn während seiner Rede mehr als 70 Mal unterbrachen, bleibt abzuwarten, ob Bush seine politischen Ziele in einem Wahljahr und in Zusammenarbeit mit einem von Demokraten kontrollierten Senat durchsetzen kann. Der 11. September hat die politische Landschaft in den USA deutlich zugunsten des Präsidenten und der Republikanischen Partei



KAS WASHINGTON

verändert. Zum Auftakt der Legislaturperiode 2002 genießt Bush sehr starke Zustimmung in der Bevölkerung für seine Amtsführung. Anfang September waren nur **51 Prozent** der Befragten mit Bushs Amtsführung zufrieden. Im Oktober 2001 allerdings erreichte Bush einen Höhepunkt in der Geschichte der amerikanischen Meinungsforschung, als **92 Prozent** der Befragten seiner Amtsführung zustimmten. Nach jüngsten Umfragen der *WASHINGTON POST* und dem Fernsehsender ABC stimmen nun **83 Prozent** der Amerikaner der Amtsführung von Präsident Bush zu. Diese Zahlen sind um so bemerkenswerter, da lediglich **3 von 10** Amerikanern mit der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage zufrieden sind. In der gleichen Umfrage stellte man die Frage, „Wer kann die größten Probleme der Nation lösen?“ **62 Prozent** der Befragten antworteten Präsident Bush. Nur **31 Prozent** meinten, dass die Demokraten im Kongress die Probleme besser lösen könnten. Nach Angaben einer Umfrage vom 11. bis 14. Januar, die vom Meinungsforschungsinstitut *Gallup* durchgeführt wurde, wünschen sich **46 Prozent** der Befragten, dass die Republikaner die Zwischenwahlen im November gewinnen. Dagegen bevorzugen lediglich **43 Prozent** der Befragten einen Sieg der Demokraten bei den Kongress- und Gouverneurswahlen. Vor dem 11. September verfügten die Demokraten über einen deutlichen Vorsprung in der Gunst der Wähler (**46 Prozent für die Demokraten** im Vergleich zu **37 Prozent für die Republikaner**).

Ein weiteres Zeichen der politischen Stimmung ist die durchaus positive Resonanz, auf die Bushs Rede bei führenden US-Zeitungen und bei nicht traditionell republikanerfreundlichen Think Tanks gestoßen ist. Die Redakteure der *WASHINGTON POST* kommentierten, dass „die Zielsetzung des Präsidenten, die Notwendigkeit der weiteren Führung des Kriegs gegen den Terrorismus, richtig war“. Nach Ansicht der *LOS ANGELES TIMES* war es „korrekt“, dass Bush die Öffentlichkeit daran erinnerte, dass der Krieg gegen den Terrorismus noch lange nicht beendet sei. Was seine Aussagen über Iran, Irak und Nordkorea anbelangt, so habe sich Bush ebenfalls korrekt verhalten, seine Optionen offen zu lassen, so die Zeitung. Allerdings kritisierte die *NEW YORK TIMES*, dass Bush die Gelegenheit verpasst hatte, seine phänomenale Popularität und sein politisches Kapital für eine mutigere innenpolitische Agenda einzusetzen: „Bush hätte die Möglichkeit gehabt, große Wendungen in der Wirtschafts- und Energiepolitik herbeizuführen. Stattdessen stellte er die alte Politik der rechtskonservativen Republikaner vor: Steuersenkungen für Reiche,“ so kommentierte die *NEW YORK TIMES*.

Viele fragen sich, wie lange Bush imstande sein wird, seine Popularität auf diesem Niveau beizubehalten. Der Wahlkampfexperte **Charlie Cook** vom *NATIONAL JOURNAL* analysierte ähnliche Phasen von politischer Zustimmung in Krisenzeiten seit dem Zweiten Weltkrieg, wie z.B. **Präsident Roosevelt** im Jahr 1941 nach dem japanischen Angriff auf



KAS WASHINGTON

Pearl Harbor oder **Präsident Kennedy** im Jahr 1962 nach der Kubakrise sowie **Präsident Bush, Senior** im Jahr 1991 nach dem Sieg im Golfkrieg. Im Durchschnitt haben diese Phasen der besonders hohen Popularität sieben Monate angehalten. Die längste Zeitspanne dauerte neun Monate an. Das Weiße Haus weiß um das Schicksal von Bush 41, der trotz enormer Zustimmung für den erfolgreich geführten Golfkrieg ein Jahr später nicht wiedergewählt wurde. Man ist sich bewusst, dass die öffentliche Unterstützung für außen- und sicherheitspolitische Ziele langfristig brüchig und instabil sein kann. Es gilt außenpolitische Erfolge mit innenpolitischer Kompetenz zu verbinden. Dieses Kalkül scheint bislang aufzugehen: einer Umfrage des *Pew Research Centers* vom 17. Januar zufolge stimmen nicht nur 80 Prozent der Befragten Bushs Amtsführung zu, sondern 60 Prozent glauben auch, dass er auch bei der Bekämpfung der Rezession richtig handelt. Auf den beiden Gebieten, die zur Zeit die Amerikaner am meisten beschäftigen – der Anti-Terror-Krieg und die wirtschaftliche Lage zu Hause – kann der Präsident jetzt punkten.

Kongress- und Gouverneurswahlen 2002

Bei den Zwischenwahlen am 5. November 2002 stehen ein Drittel des Senats, das gesamte Repräsentantenhaus sowie 36 Gouverneure in den Bundesstaaten zur Wahl. Schaut man auf die bisherigen Zwischenwahlen Amerikas zurück, so hätten die Demokraten einen Vorteil im bevorstehenden Wahlkampf: Seit 1862 hat die Partei des Präsidenten nur dreimal bei solchen Zwischenwahlen Sitze im Kongress dazugewonnen. Viele glauben allerdings, dass die hohen Zustimmungsraten des Präsidenten den Republikanern einen politischen Vorteil geben könnten. Das *WALL STREET JOURNAL* kommentierte: "In der Öffentlichkeit herrscht Kriegsstimmung. Deshalb ist die Akzeptanz für parteipolitischen Streit gering. Der Präsident ist die Figur, die die Nation vereinigen kann. Die Wähler werden ihm vertrauen, dass er die Grenze zwischen einer offenen Debatte und parteipolitischer Rhetorik richtig definieren wird." Nach Ansicht von **Senator Chuck Hagel** (Republikaner – Nebraska), der ein führendes Mitglied des Auswärtigen Ausschusses ist, ist es möglich, dass der öffentliche Druck auf beide Parteien in diesem Jahr dazu führt, dass die Tendenz zum politischen Stillstand angesichts der bevorstehenden Wahlen überwunden wird. Hinzu kommt, dass im Jahr 2002 neue Wahlkreise definiert werden. Nach der Volkszählung, die alle zehn Jahre stattfindet, werden die Wahlkreise für die Kongresswahlen der Bevölkerungszahl neu angepasst. Erfahrungsgemäß stärkt die Neubildung der Wahlkreise die Position des Amtsinhabers, der ohnehin über deutliche Vorteile im Wahlkampf (z.B. bei der Sammlung von Wahlkampfspenden) verfügt. Beispielsweise konnten **98 Prozent der Amtsinhaber**, die für ihre Wiederwahl kandidierten, bei den Kongresswahlen 2000 ihren Sitz im



Februar 2002

KAS WASHINGTON

Repräsentantenhaus verteidigen. Wie bei den jüngsten Kongresswahlen erwartet man, dass auch dieses Jahr das Wahlergebnis bei lediglich 30 bis 35 der insgesamt 435 Sitze im Repräsentantenhaus völlig offen ist. Man geht in Washington z. Z. davon aus, dass die Republikaner ihre Mehrheit im Repräsentantenhaus verteidigen können.

Im Senat weisen Amtsinhaber ebenfalls beträchtliche Vorteile auf. Bei den Wahlen im Jahr 2000 wurden 23 von 28 Senatoren (**82 Prozent**) die, um eine weitere sechsjährige Amtszeit kämpfen wiedergewählt. Die äußerst knappe Mehrheit im Senat (50 Demokraten, 49 Republikaner, 1 Unabhängiger) lässt das Wahlergebnis derzeit nur schwer vorhersagen. Allerdings stehen dieses Jahr mehr Republikaner (20 Senatoren) als Demokraten (14 Senatoren) zur Wiederwahl. Im vergangenen Jahr mussten die Republikaner Verluste bei Gouverneurswahlen in zwei bevölkerungsreichen Bundesstaaten (New Jersey und Virginia) hinnehmen. Gegenwärtig regieren demokratische Gouverneure in nur 21 der 50 Bundesstaaten.

Die große Zustimmung, auf die Präsident Bush momentan schaut, kann sich natürlich wieder verändern. Unerwartete Entwicklungen, wie eine Verstrickung der Bush-Administration in den Enron-Skandal, eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage oder eine wachsende Indifferenz gegenüber dem Krieg, können diese Popularität schnell wieder in Frage stellen. Wie ein demokratischer Stratege meinte: „Eines Tages werden die Amerikaner begreifen, dass **Osama bin Laden** nicht für alle Probleme der USA verantwortlich ist.“ Erste Anzeichen scheinen allerdings bereits auf das Ende der Rezession hinzudeuten.

Lässt man nochmals die Rede Bushs an die Nation Revue passieren, so lässt sich mit **Bill Schneider** eins definitiv über diese Rede sagen: „Sie wäre niemals von Bill Clinton gehalten worden.“



Dr. Gerhard Wahlers / David Freudenwald

Konrad Adenauer Stiftung

Außenstelle Washington

Washington, den 6. Februar 2002